

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 497

Mittwoch, 9. November 2011

18. Jahrgang

„Am meisten fehlt es an Prävention“

Der Arzt und Erste-Hilfe-Sanitäter Sergio Cabañas ist einer jener, die während des Unwetters 12E in permanentem Einsatz standen. Seit 25 Jahren ist er Einsatzleiter bei der Nationalen Katastrophenschutzkoordinationsstelle CONRED. Im folgenden Interview, das am 28. Oktober in der Revista des Diario de Centroamérica erschien, erzählt er von der schwierigen Arbeit „hinter den Kulissen“ von Naturereignissen und hält seinen Finger auf wunde Punkte in der Regierungspolitik in Sachen Katastrophenschutz.

Was bedeutet in Guatemala ein „Notfall“?

Da gibt es verschiedene Definitionen: Den Ausdruck „Notfall“ benutzen wir, wenn die Leute selber in der Lage sind, sich zu helfen, wenn es also eine menschengemachte Angelegenheit, ein „Vorfall“ ist, wenn die Natur mit im Spiel ist. Von einem „Desaster“ spricht man, wenn eine bestimmte Gruppe, ein Sektor, eine Institution oder ein Land nicht mehr in der Lage ist, selber zu handeln und von aussen interveniert werden muss. Bei der UNO gibt es verschiedene solche Einsatzgruppen für den Fall, dass ein Land nicht mehr aus eigener Anstrengung in der Lage ist, auf ein Desaster zu reagieren.

Weshalb spricht man in Guatemala vor allem von Verletzbarkeit und fast nicht von Risikoverminderung?

Das Risiko ist die Summe aller Gefahren, die uns umgeben, während mit Verletzbarkeit die Personen gemeint sind, die in der Umgebung dieser Gefahren leben. Das heisst, die Gefahr plus die Verletzbarkeit ergeben das Risiko. Im Fall des Vulkans Pacaya ist der Vulkan die Gefahr, die Menschen, die in seiner Umgebung leben, sind die Verletzbarkeit, und zusammen ergibt sich eine Risikosituation. Wenn es ein Erdbeben gibt an einem Ort, wo keine Menschen leben, besteht eine Gefahr, aber kein Risiko.

In Guatemala sind wir zu 100% verletzbar in Sachen Erdbeben, von den vier tektonischen Platten in Amerika liegen drei unter Guatemala. Die Leute sagen, „Möge Gott machen, dass die Erde nicht bebt“, aber eigentlich weiss man, dass es beben muss, denn wir leben in einem Land mit starken seismischen Aktivitäten, und den Leuten bleibt nichts anderes übrig, als mit dieser Gefahr zu leben. Eigentlich haben wir für jede Jahreszeit eine solche Gefahr, im Winter sind es die Überschwemmungen, und die Menschen, die keine Möglichkeit haben, an einem anderen, sicheren Ort zu leben, müssen lernen, mit dieser Situation zu leben. Um ihnen zu helfen, haben wir Frühwarnsysteme entwickelt z. B. in den Regionen, wo Flüsse über die Ufer treten. Wenn es zu regnen beginnt, messen wir so weit oben eines Flusslaufes wie möglich mit Pluviometern die Wasseransammlungen und stellen Hochrechnungen an, sodass wir die Leute weiter unten am Flusslauf frühzeitig warnen können. Diese Arbeit wird in den meisten Fällen von den Gemeinden selber gemacht, von Freiwilligen, die geschult sind und genau wissen, was sie zu tun haben und wen sie benachrichtigen und warnen müssen. So wissen die Gemeinden, wie sie sich verhalten müssen, bis CONRED kommt. Es gibt auch bei drei Vulkanen solche Frühwarnsysteme, ebenso am Atlantik wegen der Hurricanes.

Naja, Tatsache ist aber auch, dass CONRED manchmal gar nicht erscheint.

CONRED ist eine Initiative, die von Privaten und vom Staat getragen ist. Unsere einzige Verantwortung ist es, die verschiedenen Institutionen so zu koordinieren, dass sie ihre Funktionen erfüllen können. Die Leute erwarten, dass CONRED mit Matratzen, Wolldecken und Essen kommt, aber das ist eigentlich nicht unsere Aufgabe. Es gibt dafür staatliche Institutionen wie z. B. Segeplan, Sesan, das MAGA und andere, die per Gesetz dazu verpflichtet sind, den Leuten Nothilfe zu leisten. Die Leute beklagen sich, dass CONRED „nichts unternimmt“, aber im Moment, wo ein Feuerwehrmann, ein Polizist oder ein Militärangehöriger auftaucht, ist das, weil wir es organisiert und koordiniert haben. Sie alle sind Teil des Systems, das CONRED ausmacht. Viele glauben, wir seien irgendwie separat, aber dem ist nicht so. Es gibt sogar Behörden, die sich beklagen, dass CONRED „nichts macht“, dabei sind sie selber Teil dieses Systems CONRED.

Wie viel an „Zwischenfällen“ erträgt Guatemala? In den letzten 14 Jahren lebten wir von Notstand zu Notstand.

In Guatemala gibt es sehr wenig Leute, die professionell für Notsituationen gerüstet sind. Und es gibt sehr wenig Bereitschaft zu helfen. Wir versuchen, auf lokale Gruppen zu setzen. Kürzlich versuchten wir, eine internationale Such-und-Rettungs-Equipe zusammenzustellen, die von der UNO anerkannt ist, aber das hat sich als fast unmöglich erwiesen. Es war sehr schwierig, das UNO-Niveau zu erreichen, es ist sehr teuer, und wir haben zwar die Equipe zusammengestellt aber wir aktivieren sie nur bei Erdbeben. Diese Truppe können wir national aber auch international einsetzen. Zusammengestellt ist sie aus Leuten der Polizei, des Roten Kreuzes, der Feuerwehr und der Armee, insgesamt 82 Personen. Es ist eine spezialisierte Truppe – aber wenn bei einem Erdbeben ein Gebäude einstürzt, sind sie überfordert. Weil es aber eine von der UNO anerkannte Truppe ist, kommen die internationalen Hilfstruppen sofort, sobald sie von unserer Truppe angefordert werden. Umgekehrt dasselbe, wenn unsere Leute von einem anderen lateinamerikanischen Land oder aus der Karibik einen Notruf erhalten, rücken sie aus. Dies war zum Beispiel in Haiti der Fall.

Sie sprechen von Erdbeben, aber was ist im Fall von Überschwemmungen?

Bei Unwettern, die zu Überschwemmungen führen, ist der Notstand sehr gross und umfasst meistens ein riesiges Gebiet. Unsere Ressourcen reichen in solchen Fällen nicht aus, deshalb ist es so wichtig, die Gemeinden in Prävention zu schulen. Sie sind die ersten, die im Fall eines Desasters reagieren können. Beim jüngsten Unwetter gab es Regionen, in die wir nicht vordringen konnten, und in solchen Fällen muss die Gemeinde reagieren. Im Dorf El Naranjo hat das gut geklappt, da gibt es Equipen, die sogenannten „ecored“, die einerseits Menschen vor den Fluten retten und andererseits Orte markieren konnten, wo Personen unter dem Schlamm begraben waren, und die spezialisierten Equipen konnten diese später bergen.

Welche Lektionen wurden gelernt seit dem Unwetter Mitch im Jahr 1998?

Bei früheren Unwettern gab es viel mehr Tote. Wir wurden von den Überschwemmungen überrascht, es gab kein Warnsystem. All dies hat zur Einsicht geführt, dass wir die Leute dazu bringen müssen, in solchen Situationen ihr Hab und Gut zu verlassen und sich selber in Sicherheit zu bringen. Das fällt ihnen verständlicherweise sehr schwer. Wir müssen ihnen klar machen, dass all ihre Güter ihnen nichts nützen, wenn sie in einer Schlammlawine umkommen. Heute handeln wir mit ihnen aus, dass das Oberhaupt der Familie bleibt und der Rest evakuiert wird. So konnten wir die Anzahl der Toten reduzieren. Die Leute wollen ihr Zuhause nicht verlassen, und unsere Arbeit ist es, sie vom Gegenteil zu überzeugen. Zudem haben wir gelernt, mit den COCODES, den Entwicklungsräten, zusammenzuarbeiten. Sie verkörpern in den Gemeinden eine Autorität. Früher hat man nach dem Giesskannenprinzip Essen verteilt, was oft dazu führte, dass Leute etwas bekamen, die nichts nötig hatten, und die wirklich Notleidenden leer ausgingen. Heute läuft das über die COCEDES, sie kennen die Leute, wissen, wer bedürftig ist, und können entsprechend die Verteilung organisieren. Klar gibt es immer die „professionellen Notleidenden“, die nur darauf warten, dass Hilfe kommt, diese dann aber weiterverkaufen. Das sollte uns aber nicht davon abhalten zu helfen, denn es geht darum, die Menschen bei der Organisation eines neuen Lebens zu unterstützen, damit sie so bald wie möglich zu einer Normalität zurückzufinden. Es gibt in Guatemala durchaus diese Tendenz, dass erwartet wird, dass die Regierung die Lücke füllt, aber wenn die Leute lernen, dass jede Person einen Stein ins Loch schmeissen muss, dann füllen sie es eines Tages gemeinsam.

Manchmal ist es angesichts des Ausmasses eines Ereignisses auch aus finanziellen und personellen Gründen schlicht nicht möglich, sofort Hilfe zu leisten. Im Gesetz, das die Arbeit von CONRED absteckt, heisst es, dass jede Person verpflichtet ist, zu helfen, ausser physische oder psychische Gründe erlauben dies nicht. Wir dürfen nicht warten, bis Hilfe kommt, sondern wir müssen lernen, uns selber zu helfen.

In welchem Moment muss eine Rettung eingestellt werden?

Es gibt bei einer Rettung sieben Phasen, die unterteilt werden in vorher, während und nachher. Jede Phase hat ihre Eigenheiten und ihre Interventionsarten, die auch wieder unterschieden werden: Lokalisierung, Suche, Rettung, Transport, Unterbringung. Dazu kommt der Aufbau einer Grundversorgung mit Licht, Wasser und Transportwegen. Danach erst kann man an Wiederaufbau denken. Dieser Prozess verläuft aber nicht linear, man kann durchaus am Wiederaufbau arbeiten und gleichzeitig kann ein neuer Notfall eintreten. Je nach Gefahr können wir jedoch die einzelnen Phasen relativ gut einschätzen. Bei einem Erdbeben wissen wir, dass es eine längere Geschichte werden kann: da konzentrieren wir uns die ersten 72 Stunden zusammen mit der Feuerwehr und dem Roten Kreuz auf die Rettung von Menschenleben, Essen und Wasser stehen da im Hintergrund. Bei Überschwemmungen liegt der Schwerpunkt auf der Evakuierung von Menschen, auch wenn ihre Häuser bis zum Dach im Wasser stehen. Das Problem hier ist, dass die Leute vom Moment an, wo sie ihre Häuser verlassen, auf Nahrungshilfe angewiesen sind.

Die Regel der 72 Stunden gilt weltweit. Oft wollen die Leute, dass wir auch nach Ablauf dieser Zeit weitersuchen, aber die Überlebenschance von Verschütteten ist danach immer geringer. Ist es ein „trockenes“ Ereignis und haben die Menschen Zugang zu Frischluft und Wasser, dann können sie bis zu 8 Tagen überleben. Aber wenn sie von einer Schlammlawine verschüttet sind, ist die Überlebenschance geringer. Hier suchen wir in einer ersten Phase an der Oberfläche, in der zweiten beginnen wir von Hand zu graben und in der dritten setzen wir Maschinen ein. Nach 72

Stunden beginnen wir meistens mit den Maschinen. Wenn wir eine Suche einstellen müssen, ist das immer sehr schmerzhaft und frustrierend für die Hinterbliebenen. Aber manchmal müssen wir das auch unserer eigenen Sicherheit zuliebe machen, wenn die Gefahr noch weiter droht. Man sagt, dass ein Erste-Hilfe-Sanitäter zehn Leben wert ist: statt beim Retten einer Person sein Leben aufs Spiel zu setzen, soll er lieber neun andere retten. Und hier, wo es so wenig ausgebildetes Personal gibt, kann man diese Zahl verdoppeln.

Wenn wir davon ausgehen, dass wir uns von Agatha (Hurricane, der Guatemala letztes Jahr stark traf) noch nicht erholt haben, was bedeutet 12E für das Land?

Agatha wurde hier als „Sturm“ eingestuft, wir hatten auch schon Hurricanes, 12E gilt als „lang anhaltendes Tief“. Wenn wir das so sehen, dann haben wir am Tag, wo uns ein Hurricane mit voller Kraft trifft, nichts mehr zu lachen. Und so wie es natürliche Barrieren gibt, die das Entstehen eines Notstands verhindern, gibt es auch solche, die es fördern: Berge können verhindern, dass die Wolken weiterziehen, es drei Tage lang ausgiebig und konstant regnet, und schon treten die Flüsse über die Ufer. Dazu kommt, dass viele Dörfer nahe am Flussufer errichtet wurden – sie werden als erste überschwemmt. Bereits mit den Niederschlägen der letzten Wochen reichte es für ein Desaster. Leider werden die weggespülten Brücken wieder am selben Ort neu aufgebaut, und zwar von denselben Firmen unter denselben unsicheren Bedingungen. Wenn eine Brücke am selben Ort mehrmals weggeschwemmt wurde, muss man halt eine anderen, sichereren Ort suchen. Leider hat das zur Folge, dass auch der Verlauf der Strasse geändert werden muss, was wiederum bedeutet, dass Land gekauft bzw. eine Bewilligung eingeholt werden muss. Deshalb bleibt meistens alles beim alten, sprich: das Risiko wird in Kauf genommen. Woran es am meisten fehlt, ist Prävention. Man versucht zwar, die Leute vorzubereiten, aber das CONRED-Gesetz erlaubt es leider nicht, wegen Unterlassungen Strafen auszusprechen.

Ist es schlechte Vorbereitung oder fehlt einfach das Geld für konkrete Massnahmen?

Wir haben ein schlechtes Gedächtnis und vergessen sehr schnell und gerne. Wir wollen so leben, wie wir immer gelebt haben, wir wollen unsere Traditionen nicht verändern. Ein Beispiel ist der Müll: 50% der Überschwemmungen haben damit zu tun, dass es ein schlechtes oder gar kein Abfallkonzept in den Gemeinden gibt, dass der ganze Müll in die Gewässer kommt und wichtige Abflussstellen verstopft. Dies zu ändern, heisst, die Mentalität der Menschen zu ändern. Somit könnte man jedoch einen Gefahrenherd in den Flusstälern eindämmen. Oder das Thema der (slumartigen) Siedlungen: Beim Erdbeben 1976 gab es drei solcher Siedlungen, heute sind es 390. 1976 waren die Häuser in diesen Siedlungen aus Karton oder Blech, heute sind es zum Teil vier- bis fünfstöckige Gebäude, alle auf Sandsäcken gebaut, was den sicheren Tod bedeutet: bei einem Erdbeben fallen sie wie Kartenhäuser zusammen. Dazu kommt, dass das Abwasser auf der Erdoberfläche abgeführt, das Gelände unterhöhlt wird, und mit dem Gewicht der Häuser sackt das irgendwann in sich zusammen. So zu bauen (oder nicht), ist eine Frage der Kultur, es ist nicht allein eine Frage des Geldes. Es wurden sogar Aktionen und Angebote lanciert, aber das funktioniert nur, wenn die Leute mitmachen und bereit sind, ihre Gewohnheiten zu ändern.

Nach 25 Jahren wird wieder ein (Ex-)Militär Präsident!

Guatemala, 7. Nov. Guatemala hat einen neuen Präsidenten – und es ist nach 25 Jahren wieder ein (Ex-)Militär: Otto Pérez Molina. Nach dem Gesetz der Serie, dass Präsidentschaftskandidaten erst im zweiten Versuch auch die Präsidentschaft erlangen, gewann Pérez Molina zwar knapp, aber eindeutig den zweiten Wahlgang gegen seinen Herausforderer, den Unternehmer Manuel Baldizón von der UNE-Abspaltung LIDER. Damit hat Guatemala zugleich mit Roxana Baldetti die erste Vizepräsidentin in seiner Geschichte.

Nach einer überraschend schnellen Auszählung der Stimmen verkündet *Prensa Libre* in seiner Montags-Ausgabe, dass auf Pérez Molina knapp 2,3 Millionen Stimmen (= 53,78 %) und auf Baldizón knapp 2 Millionen Stimmen (= 46,22 %) entfielen. Die Wahlbeteiligung war höher als gedacht, bei immerhin knapp 60 %, von denen dann 56 % auch gültig waren.

Um mit dem Verlierer zu beginnen: er gratulierte Molina zum Sieg und erklärte, dass er selber der Oppositionsführer sein werde, ein konstruktiver. Tatsächlich war ein wirklich substantieller inhaltlicher Unterschied zwischen den beiden Kandidaten nicht auszumachen.

Baldizón verwies darauf, dass er seine Stimmen vor allem aus den Provinzen (insbesondere im Süden und Westen) erhalten habe, während Pérez Molina der Präsident der Hauptstadt und grösseren Städte sei.

Tatsächlich verdankt der Ex-General den Sieg seinem grossen Vorsprung in Guatemala Stadt und Mixco mit 78 bzw. 79 % der Stimmen, zusammen fast 500.000 Stimmen, also rund einen Viertel seiner gesamten Stimmenzahl. Ähnlich klare Siege gab es auch in den vergleichsweise grossen Gemeinden Santa Cruz de Quiché (El Quiché), Chimaltenango und Tecpan (Chimaltenango), Coban (Alta Verapaz), Huehuetenango und Antigua (74%) und vor allem in der zweitgrössten Stadt des Landes, Quetzaltenango (fast 70 %).

Die wenigen grösseren Städte, die Baldizón klar gewinnen konnte, sind San Pedro Carcha (Alta Verapaz), Tacana und Comitancillo (San Marcos), San Antonio Suchitepequez und Chicacao (Suchitepequez) sowie Escuintla und Santa Lucia Cotzumalguapa (Escuintla). Schmerzen dürfte den *Petenero* das Resultat in seiner

Heimatstadt – ja man könnte fast sagen, seinem Besitz – Flores, wo er, wie schon bei der Bürgermeisterwahl, zwar denkbar knapp, aber doch verlor.

Manuel Baldizón kann dennoch mit diesem Ergebnis überaus zufrieden sein, denn zu Beginn seiner Kandidatur hätte das keine/r vermutet. Er gewann in 12 von 22 Departments die meisten Stimmen, der gewählte Präsident also nur in 10, nämlich Guatemala, Quetzaltenango, Sacatepéquez, Chimaltenango, Zacapa, Jalapa, Chiquimula, Jutiapa, El Progreso und Baja Verapaz.

Und nun kann sich Baldizón – jung wie er ist – auf den Weg machen, in fünf Jahren und dem Gesetz der Serie folgend, den zweiten Versuch erfolgreich zu wagen. Ob das für Guatemala auch gut sein wird, ist eine ganz andere Frage.

Diese Frage stellt sich auch für die Präsidentschaft von Otto Pérez Molina.

Man wird sehen, ob er das Image vom Macher mit harter Hand und sozialem Herz, das er während des Wahlkampfes vermittelte, in die Präsidentschaft retten kann. Ein Programm zur Armutsbekämpfung und ein Fortführen von Sozialprogrammen sowie eine Anhebung der Steuern von 11 auf 14 % hat er angekündigt.

In seinen ersten Erklärungen nach seiner Wahl rief Pérez Molina, der im Kongress keine eigene Mehrheit hat, die politischen Parteien und die Zivilgesellschaft auf, an einer Regierung der nationalen Einheit mitzuwirken.

Zugleich sagte er, dass 60 bis 70 % der Regierungsarbeit sich der Innen- und Sicherheitspolitik zuwenden werde, um seinen Regierungsplan umzusetzen. Es werde sich um eine regionale Sicherheitsstrategie handeln, die den Drogenhandel und die organisierte Kriminalität bekämpfen werde. Er werde jedoch keine Hexenjagd beginnen, sondern er werde Untersuchungen über Korruptionsfälle initiieren.

Schnell ist der neue Präsident auch schon bei der Benennung von MinisterInnen:

Für das Innenressort nannte er Mauricio López Bonilla (Ex-Oberst, hoher Mitarbeiter des Verteidigungsministers Julio Balconi z.Zt. der Friedensverträge, Berater des peruanischen Präsidenten Torres und Kampagnenchef der PP); für Wirtschaft: Pavel Centeno (Wirtschaftswissenschaftler bei FLASCO und einer der Mitbegründer der PP); für Verkehr: Alejandro Sinibaldi (Ex-Präsident der Guatemaltekischen Tourismus-Behörde INGUAT unter Berger, zuletzt PP-Kandidat für das Bürgermeisteramt der Hauptstadt) und für Soziale Entwicklung: Lucy Lainfiesta (sozusagen die Sozialpolitikerin der PP, 2003 bis 2006 war sie dieses noch im Umfeld von Colom), diese Ernennung könnte zumindest eine Kontinuität in der Sozialpolitik andeuten.

Fünf Nachwahlen zum Bürgermeisteramt und Geld gegen Stimme

Zugleich fanden in fünf Gemeinden (Chinique, Quiché; San José, Petén; Pueblo Nuevo Viñas, Santa Rosa; El Estor, Izabal y Tectitán, Huehuetenango) Nachwahlen statt, da dort entweder die abgegebenen Stimmzettel in Brand gesetzt wurden oder es ein Patt bei der Stimmzahl bei der ersten Wahl am 11. September gegeben hatte. In Chinique gewann ein Kandidat von VIVA namens Alejandro Muñoz, in San José Gustavo Tesucún von der UNE und in Pueblo Nuevo Viñas Herbi Lisandro Zamora von CREO. In El Estor und Tectitán gewannen Kandidaten der PP.

Der Wahlkampf setzte sich im Übrigen in einigen Wahlbezirken bis in die Wahlkabine fort. WahlbeobachterInnen berichteten, dass in Sololá die PP von Pérez Molina den MitbürgerInnen 350 Quetzales für ein Kreuzchen „am richtigen Ort“ anboten, LIDER dagegen 'nur' 300 Quetzales. Geholfen hat es der PP in diesem Departement nicht. Die Präsidentin der Wahlbehörde Maria Villagran forderte die Parteien auf, solche Aktivitäten doch zu unterlassen und bat zugleich um Gelassenheit.

Guerillas vor Gericht?

Guatemala, 2. Nov. Der guatemaltekische Unternehmer Ricardo Méndez Váldez, Sohn des Ex-Innenministers unter Efraín Ríos Montt, Ricardo Ruíz Rohrmoser, erhob Anklage wegen Entführung, Folter, versuchten Verschwindenlassens, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Terrorismus gegen 26 Mitglieder der ehemaligen Guerillaorganisationen *Guerillaarmee der Armen* (EGP) und *Guatemaltekische Arbeiterpartei* (PGT). Somit wird nun zum ersten Mal nicht nur gegen die Gewinner des Inneren Bewaffneten Konfliktes geklagt (verantwortlich für 95% der Menschenrechtsverletzung in besagter Periode), sondern auch gegen die Verlierer, die Aufständischen.

Gemäss Ricardo Méndez wurde er vor 29 Jahren, genauer gesagt am 23. Juni 1982, auf dem Gelände der Universität San Carlos von diesen Gruppen entführt. Diese verlangten von seinem Vater, dass er sich für die Freilassung einer Gruppe von vermutlich vom Militär entführten Personen einsetze. Erst am 12. August des gleichen Jahres wurde Ricardo Méndez freigelassen. Während dieser zwei Monate, so gab Méndez an, war er in einem kleinen Raum ohne Luft oder natürliches Licht eingeschlossen und wurde mehrmals mit Exekution bedroht.

Zu den 26 angeklagten Guerillas gehören Yolanda Colom Caballeros sowie Margarita und Laura Hurtado Paz. Allerdings verstarb Margarita Hurtado Paz am 5. Januar 2010, womit die Anklage in ihrem Fall posthum ist.

Ebenfalls werden zwei der Unterzeichner der Friedensverträge, Ricardo Rosales Román (Generalsekretär der PGT) und Gustavo Porras, angeklagt. Letzterer war Privatsekretär der Präsidentschaft von Álvaro Arzú (1996-2000). Weitere bekannte Namen, die auf der Anklageliste erscheinen, sind die Ex-Guerilla und Ex-Abgeordnete Alba Estela Maldonado, die in Guatemala gut bekannten Menschenrechtsverteidiger Gustavo Meoño und Miguel Ángel Albizures sowie Ricardo Ramírez De León (alias Rolando Morán, Kommandant der EGP und einer der Gründer der URNG, verstorben am 11. September 1998) und Mario Payeras (der Poet und Philosoph, der unter anderem in Leipzig studierte, verstarb 1995 in Mexiko). Ferner Enrique Corral Alonzo, Julio Barrios, Víctor López, Celso H. Morales, Byron Javier Oliva, Guillermo Cruz Ventura, Luis Urriaran, Javier Urriaran, Higinio Víctor Alejandro Fortuny Zea, Mario Alfonso Bravo Soto, Eduardo José Cruz López, Wilson Romero, Luis Colindres, Mario Argueta López, Guillermo Castañeda und Israel Márquez . Bisher hat keineR der Angeklagten Stellung genommen. Nun muss die Abteilung Menschenrechte der Staatsanwaltschaft entscheiden, wie weiter mit der Anklage verfahren wird.

Akzeptable Wohnräume und gewaltsame Demonstrationsräumung

Guatemala, 26. Okt. In den Morgenstunden des Mittwochs, 26. Oktober, wurden StudentInnen und SiedlerInnen mit Tränengasbomben am Eingang der Universität San Carlos (USAC) bedroht. Die Polizeieinheiten drangen mit Gewalt in das Gelände der autonomen Universität ein, um die dort stattfindende Demonstration aufzulösen, und verhafteten dabei den Studenten Henry Pineda. Eine derartige Unterdrückung durch Polizeikräfte auf Universitätsgelände geschah zum letzten Mal im Jahr 1994 (also noch zu Zeiten des bewaffneten Konflikts), wobei der Student Mario Alioto López Sánchez sein Leben verlor.

Die Menschen hatten sich am 26. Oktober zu einer friedlichen Demonstration versammelt, um die Verabschiedung der Gesetzesinitiative Nummer 3869 „Wohnraum“ im Kongress zu fordern.

In einem etwa zur gleichen Zeit veröffentlichten Pressebericht gab die SiedlerInnenorganisation Conapamg Aufschluss über die Hintergründe der Initiative 3869. Wie verschiedene Studien offizieller akademischer, nationaler und internationaler Natur belegen, rechnet man in Guatemala mit einem Defizit von mehr als 1,5 Millionen Wohnräumen. Dies betrifft vor allem die untere Mittelschicht und die Armen. Allein im Departement Guatemala existieren mehr als 200 mehr oder weniger illegale Siedlungen, wo Familien unter unmenschlichen Bedingungen leben: ohne Wasser- oder Stromanschluss, ohne Regen- oder Abwassersystem etc. und mit all den dadurch entstehenden Gesundheitsproblemen. Ein weiteres Sicherheitsrisiko stellt die Lage dieser Siedlungen dar – nämlich dort, wo keiner wohnen möchte, da die alljährlichen Regen Überschwemmungen und Erdbeben verursachen, was zu vermehrten Unfällen mit Todesfolge führt.

Diese inakzeptablen Lebensbedingungen in den Siedlungen, ob nun auf dem Land oder in den Städten, sind eine direkte Folge der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit. Diese Situation wird sich verschlimmern, wenn keine tiefgreifenden Reformen durchgeführt und somit Lebensgrundlagen geschaffen werden, welche den Wetterbedingungen standhalten.

Um eine konkrete Lösung zu finden, schlossen sich organisierte SiedlerInnen, das Zentrum für urbane Studien der USAC und verschiedene Organisationen zusammen, um ein Gesetzesprojekt zu erarbeiten. Dieses wurde schon am 4. August 2008 dem Kongress vorgestellt. Seiner Verabschiedung, so der Pressebericht, steht eigentlich nur der politische Wille im Wege, welcher sich in den nächsten Wochen hoffentlich positiv stime. Und um die Debatten der Abgeordneten zu unterstützen, haben sich Freunde und Freundinnen aus den prekären Zonen von Guatemala Stadt seit dem 22. August diesen Jahres in einer Siedlung, genannt “Kongress”, zusammengefunden, welche genau gegenüber seinem Namensvetter angelegt wurde, und sich in der Universität manifestiert – was mit dem gewalttätigen Polizeieinsatz endete.

Lynchjustiz auf dem Vormarsch

Guatemala, 30. Okt. Die Abteilung für Menschenrechte der Vereinten Nationen schlägt Alarm über den Anstieg von Lynchversuchen, die vor allem im Monat Oktober mit fünf verschiedene Lynchaktionen einen Höhepunkt erfuhren, wobei vier Personen starben und fünf weitere verletzt wurden. 15 Jahre nach Abschluss der Friedensabkommen beobachtet man einen exponentiellen Anstieg der Lynchmorde. 1996 wurden 47 Personen getötet oder verletzt; im Jahr 2000 zählte man schon 115 Opfer; im Oktober diesen Jahres überschritt man die 200er-Grenze mit 234 Opfern.

Dabei ist das im Jahr 2011 am meisten betroffene Departement Huehuetenango, gefolgt von Quetzaltenango, Guatemala, Quiché, San Marcos und Solola. Auffälligerweise sind es genau dieselben Regionen, die bereits zwischen 1996 und 2000 am meisten von Fälle von Lynchjustiz zu verzeichnen hatten, so die Daten von MINUGUA. Die wahrscheinlichste Erklärung für dieses Phänomen ist die, dass es ebenfalls diese Regionen waren, die am stärksten vom bewaffneten Konflikt geprägt wurden. Die Praxis des Lynchens wurde während der offiziellen Konfliktjahre „erlernt“, hat aber rein gar nichts mit dem Justizsystem der Mayas zu tun.

Gemäss dem Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen über Aussergerichtliche Exekutionen, Philip Alston, erklärt sich das Lynchen durch die Abwesenheit des Staates aufgrund des internen bewaffneten Konfliktes. Dazu kommt die Zerstörung der traditionellen Modelle des Zusammenlebens, die Verweigerung der Anerkennung indigener Regierungs- und Justisysteme und die Aufdrückung eines sozialen, aber militarisierten Lebensmodells. Auch die Existenz paralleler Strukturen, die gleichfalls aus Bürgerkriegszeiten hervorgehen, stellen einen Faktor dar, der Lynchjustiz favorisiert, da lokale Machtpositionen damit gestärkt werden. Die Lynchjustiz stellt das Monopol des Staates und seine legitimen öffentlichen Kräfte in Frage und macht gleichzeitig klar, dass der Staat seiner Pflicht zum Schutz des Volkes nicht nachkommt.

Dementsprechend ist es notwendig, dass die guatemaltekischen Autoritäten und die Gesellschaft diese Art der "Justiz" verneinen. Das Recht auf Leben wird dadurch aberkannt. Opfer, Täter und ganze Gemeinden verlieren ihre solidarischen und sozialen Strukturen, zurückbleiben werden nur Angst, Hass, Gewalt und Misstrauen, so die Abteilung Menschenrechte der ONU. Vielmehr sollten die traditionellen Formen der Rechtsprechung und das indigene Justizsystem wiederbelebt werden. Vor allem in den Gebieten, in denen der Staat an Einfluss verloren hat, ist die Rolle der indigenen Autoritäten von grosser Wichtigkeit. Nur so kann man sich dem Lynchphänomen entgegenstellen und den Werteverfall aufhalten.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch
Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!
Barbara Müller
Ankerstrasse 16
8004 Zürich
barbara-m@bluewin.ch
E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!
Christian Hagmann
Am Bahnhof 6
78315 Radolfzell
fijate@web.de
E-Mail-Abo: Euro 50.-